

werber in Fällen, in denen die Erklärung des Verkäufers irgendwelche Zweifel aufkommen läßt, weitere Erfindungen, so kann dies als grobe Fahrlässigkeit angesehen werden, so daß der Eigentümer, der unter Vorbehalt verkauft hat, gegen ihn vorgehen und von ihm die Herausgabe verlangen kann. (Der Wald stellt keine erhöhte Blizgefahr dar.) In einem dem Reichsversicherungsamt erstatteten Gutachten heißt es, daß die Erfahrung gelehrt habe, daß in einem geschlossenen Bestand von annähernd gleich hohen Waldbäumen Blitzschläge verhältnismäßig selten vorkommen. Nur dort, wo größere Zwischenräume zwischen den Bäumen vorhanden sind oder wo einzelne Bäume ihre Umgebung erheblich überragen, sei die Wahrscheinlichkeit eines Blitzschlages eine größere. Die Vielheit der in gleicher Höhe befindlichen Baumwipfel wirkte vielmehr eher ausgleichend auf die elektrische Spannung. Außerdem würde ein in einen Wald einschlagender Blitz unbedingt einem Baum folgen und durch dessen Wurzeln zur Erde gehen. Hiernach erscheint die Blizgefahr für einen zwischen den Bäumen sich aufhaltenden Menschen im Walde keineswegs eine große.

(Das „Kagenauge“ auch in Sachsen obligatorisch.) Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die vorgeschriebene Ausstattung der Motor- und Fahrräder, Anbringung eines Rückstrahlers, eines sog. „Kagenauges“, nach einer Verordnung des Reichsverkehrsministeriums vom 1. Juli d. J. an auch in Sachsen obligatorisch ist. Die Verordnung schreibt vor, daß alle Kraftwagen und Fahrzeuge entweder ein Schlußlicht oder ein Blinklicht besitzen müssen. Dieser Rückstrahler darf nicht größer als 5 cm sein und nie durch einen Gegenstand verdeckt werden. Er muß so konstruiert sein, daß er beim Auftreffen des Scheinwerferlichtes eines Wagens schon in 150 m Entfernung für ein normales Auge erkennbar wird.

Pulsnis M. S. (Die Mütterberatung) in Pulsnis M. S. findet diesen Monat ausnahmsweise erst am Donnerstag, den 20. Juni, nachm. 3 Uhr in der Schule statt.

Rebeberg. (Dienst-Jubiläum.) Herr Polizeikommissar Reih. Friedrich konnte am Sonnabend auf eine 25-jährige Tätigkeit beim hiesigen Stadtrat zurückblicken und wurde aus diesem Anlaß von Vorgesetzten und Kollegen durch Glückwünsche und sinnige Geschenke geehrt.

Bischofswerda. (Umgestaltung des Landpostwesens im Postamtsbezirk Bischofswerda.) In nachstehend aufgeführten Orten der Amtshauptmannschaft Waizen und Ramenz werden aus Anlaß der Umgestaltung des Landpostwesens am 1. Juli 1929 Poststellen eingerichtet: Aufschlitz, Belmsdorf, Coblitz, Dobranitz, Götzmansdorf, Göblau, Goldbach (Dorf), Goldbach (Bunt- und Luxuspapierfabrik), Großdrebütz, Großhänchen, Jauer, Kieditz, Kraschwitz, Kriebitz, Kleinerebnitz, Kriepitz, Kynitzsch, Leutenitz, Nedaschütz, Neraditz, Ostro, Pannewitz am Taucher, Pieschwitz, Pöbla, Pottschapplitz, Rauschwitz, Rothnaulitz, Säuritz, Schönbrunn, Spittwitz, Sächsa, Talpenberg, Tschendorf, Tröbigan, Waldeck, Weikersdorf, Wöllkau, Zischkowitz. Im Briefverkehr gelten die Gebühren des Ortsverkehrs nur noch innerhalb des eigenen Zustellbereichs der Poststelle. Wenn Poststellen mit anderen Poststellen oder Postanstalten in derselben Gemeinde liegen, gilt in ihrem gegenseitigen Verkehr ebenfalls die Ortsgebühr. In allen übrigen Fällen gilt die Ferngebühr. Sämtliche Poststellen werden dem Leitpostamt Bischofswerda unterstellt. Sie werden amtlich bezeichnet mit dem Namen des Ortes, in dem sie liegen, sowie dem Namen des Leitpostamtes mit dem Zusatz „Land“, z. B. Spittwitz (Bischofswerda Sa. Land). Weitere Zusätze oder die Angabe Post sind irreführend und deshalb wegzulassen.

Dresden. (Geschenk an die Staatsbibliothek.) Ein Prinz des ägyptischen Königshauses, namens Youssouff Kemal, hat den Staatsbibliotheken in Dresden und München ein kostbares Geschenk gemacht in Gestalt eines mehrbändigen Tafelwerkes in Großfolioformat über die Kartographie Afrikas, das von ihm selbst als Herausgeber veröffentlicht wird.

Dresden. (Neue Kraftposten.) Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Vom 20. Juni an werden die Kraftposten Bad Schandau—Schöna (Sächs. Schweiz) und Bad Schandau—Kleingießhübel in Betrieb genommen.

Dresden. (Geldlotterie für die Frauenkirche.) Zur teilweisen Deckung der Kosten für die Erneuerungsarbeiten an der Frauenkirche zu Dresden ist vom Ministerium des Innern eine Geldlotterie genehmigt worden. Die Ziehung erfolgt am 6. und 8. Juli.

Dresden. (Motorrad gestohlen.) In der Nacht ist auf der Weitzer Straße ein Motorrad „H.S.L.“, Erkennungszeichen II 11 503, Fahrgestellnummer 804 000, Motornummer 98 499, mit Seitenwagen „D. D.“ verschunden. Angaben über den Verbleib werden nach dem Kriminalamt erbeten.

Dresden. (Uhren diebstahl.) In der Nacht zum Sonnabend wurde in einem Uhrengeschäft in Ortitzand die Schaufensterscheibe eingeschlagen. Von den Auslagen fehlen 23 Herrenuhren aus Silber und Nidel, 1 goldene Sprungdeckeluhr, 5 goldene Uhren mit Zigarrenband und 25 Double-Herrenuhrenketten. Nach vorgeführten Blutspuren hat sich der Dieb vermutlich beim Einschlagen der Scheibe verletzt. Der Täter soll auf einem Fahrrad in Richtung Großhain—Dresden geflüchtet sein.

Weißfen. (Scheunenbrand.) Am Freitag brannte in Reitzchen eine große Scheune des Landwirts Schneider mit einer Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen und Gerätschaften nieder.

Zwidau. (Von einem Lastkraftwagen überfahren.) Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend an der Bockwa-Schledwitz-Muldenbrücke. Ein in Zwidau wohnhafter Malerlehrling, der mit seinem Fahrrad nach auswärts fuhr, wurde mislich, als ihm ein Kraftfahrzeug entgegenkam. Er stürzte und wurde überfahren, wobei ihm ein Bein vom Kumpf getrennt wurde. Der Unglückliche wurde nach dem Krankenhaus übergeführt.

gische Ministerpräsident Jasper am Donnerstag nach Paris kommen würden, um dort gemeinsam mit Dr. Stresemann und Briand Besprechungen über den Zusammentritt der internationalen Konferenz abzuhalten.

Ein Brief des Reichskanzlers zum Pariser Tributplan

Unter der Überschrift „Ein Brief des Reichskanzlers zum Pariser Tributplan“ verlangt der „Montag“ von der Regierung eine Neußerung darüber, was der Reichskanzler an die deutschen Sachverständigen nach Paris geschrieben hat. Das Blatt führt weiter aus, daß entgegen den Erklärungen des Reichsaußenministers bei einem Presseempfang am 27. Mai in unterrichteten Kreisen von einem Brief gesprochen werde, den der Reichskanzler Müller unter Zustimmung des Reichscabinetts an die deutschen Sachverständigen in Paris geschrieben habe, den Youngplan unter Hintanhaltung von wirtschaftlichen Erwägungen anzunehmen. Der „Montag“ führt dann u. a. weiter aus: „Wie reimt sich dieser Brief des Reichskanzlers mit den Erklärungen des Reichsaußenministers zusammen? Ist der Brief geschrieben worden, dann besteht eine bis jetzt noch nicht aufgeklärte Kluft zwischen den bestimmten Erklärungen des Reichsaußenministers und dem Inhalt des Briefes. Dann ist eindeutig festgestellt, daß die Reichsregierung trotz aller Ablehnungen einen Druck auf die deutschen Sachverständigen ausgeübt und diese zur Unterzeichnung eines Planes veranlaßt hat, von dessen wirtschaftlicher Undurchführbarkeit die Reichsregierung selbst überzeugt war.“

Gesperrte Straßen.

Die Staatsstraße Waldheim—Mittenberg wird in der Zeit vom 24. bis 29. Juni zwischen Königsfeld und Geithain für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird am Gasthof in Königsfeld auf die Staatsstraße Leipzig—Nochitz und an der Straßentrennung im Ottenbainer Wald auf den Kommunikationsweg Leupahn—Geithain über Markt Ottenbain verwiesen.

Die Staatsstraße Föfha—Lengfeld wird in der Zeit vom 26. Juni bis 13. Juli 1929 zwischen Plauke und Augustsburg für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird über Erdmannsdorf verwiesen.

Die Staatsstraße Grimma—Waldheim, Zweigstraße A (Golditz—Bad Lausitz), wird zwischen dem Forsthaus bei Golditz und Ballendorf in der Zeit vom 17. Juni 1929 bis 24. Juni 1929 für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird von Golditz über Schönberg, Glasten nach Bad Lausitz und umgekehrt verwiesen.

Die Staatsstraße Leipzig—Nochitz wird zwischen Reichersdorf und Buchheim in der Zeit vom 24. bis 29. Juni 1929 für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird von Bad Lausitz über Ballendorf nach Buchheim und umgekehrt verwiesen.

Die Staatsstraße Leisnig—Golditz wird zwischen Scoplau und Commidau in der Zeit vom 24. Juni bis 13. Juli 1929 für allen Fahr- und Reitverkehr gesperrt. Der Verkehr wird von Leisnig über Bodwitz nach dem Kreuz bei Hartha und umgekehrt verwiesen.

Die säumige Reichsregierung.

Die Bauernvereine fordern beschleunigte Beratung des Landwirtschafts-Notprogramms.

Berlin. Vom 12. bis 14. Juni fand in Berlin die Sommertagung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine statt. Nach einem Bericht des Präsidenten Dr. Heremes über den Stand und die Aussichten des Leistungsprogramms für die deutsche Landwirtschaft wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Am 20. Februar 1929 haben die Führer der deutschen Landwirtschaft, Brandes, Schiele, Hermes, Fehr, einen dringenden Mahnruf der deutschen Landwirtschaft an die Reichsregierung gerichtet, in dem sie darauf hingewiesen haben, daß die wirtschaftliche Notlage der Landwirtschaft aufs höchste gestiegen sei. In Verfolg dieser Kundgebung haben die landwirtschaftlichen Führer der Reichsregierung am 19. März bestimmte Vorschläge zur Hebung der dringenden Not der Landwirtschaft unterbreitet. Die Reichsregierung hat damals die Prüfung dieser Vorschläge in Aussicht gestellt. Seitdem sind

fast drei Monate verfloßen, ohne daß die Reichsregierung etwas über das Ergebnis dieser Prüfung hat verlauten lassen.“

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung für das deutsche Bauernum und dessen Erhaltung für das Gesamtvolk fordern die Bauernvereine die Reichsregierung und die Parlamente erneut auf, die von den Führern der Landwirtschaft gemachten Vorschläge zur Durchführung zu bringen, und zwar so rechtzeitig, daß vor der neuen Ernte wirksame gesetzgeberische Maßnahmen in Kraft treten.“

Die Vorgänge in Oepeln

hätten die preussische Regierung und das Auswärtige Amt sofort zu den schärfsten Maßnahmen veranlaßt. Diese Maßnahmen seien der polnischen Regierung bekannt. Trotzdem habe der polnische Außenminister im Völkerbundrat so getan, als ob Deutschland nichts gegen die Vorgänge in Oepeln unternommen habe. Die Vorgänge in Oepeln würden nicht so große Bedeutung erlangt haben, wenn man nicht auf polnischer Seite alles getan hätte, um diese Vorgänge zu einer Heße gegen Deutschland auszunutzen.

Die zweite Klasse wird teurer.

Reichsbahn schlägt Tariferhöhung vor.

Der angekündigte Tariferhöhungsantrag der Reichsbahn ist jetzt bei der Reichsregierung eingegangen. Es wird vorgeschlagen, diejenigen Tarife, die im vorigen Jahre gesenkt worden sind, zur Erzielung von Mehreinnahmen heranzuziehen, also eine Reihe von Gütertarifen und im Personenverkehr die Tarife für die zweite Klasse, während die Preise in der dritten Klasse unverändert bleiben.

Keine Arbeitslosenversicherung der freien Berufe.

Seit einiger Zeit sind Bestrebungen im Gange, auch die freien Berufe in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr dem ärztlichen Spitzenverband eine Mitteilung zugehen lassen, wonach man

Wolbemas über die Beziehungen zu Deutschland und Polen

Bildung eines litauischen Nationalrates.

Kowno, 17. Juni. Wolbemas sprach über innen- und außenpolitische Fragen. Er begrüßte den Ausfall der Wahlen in England, weil er zur Festigung der allgemeinen Lage in Europa beitragen werde. Vor allem sei der polnische Einfluß im Völkerbund dadurch geschwächt worden. Bisher hätten Frankreich und England auf Seiten Polens gestanden, das sich nun nur noch auf Frankreich stützen könne. Damit sei die Möglichkeit gegeben, daß Litauen das Wilna-Gebiet etappenweise wiedergewinne. Auf die polnisch-litauischen Beziehungen eingehend, erklärte Wolbemas, Polen plane, Litauen von innen heraus zu sprengen. Die in letzter Zeit in Litauen vorgekommenen Terrorakte legten ein bereites Zeugnis für die Tätigkeit der Polen ab. Er werde eine Denkschrift über die polnischen Umtriebe in Litauen an den Völkerbund richten. Weiter sprach der Ministerpräsident über die Beziehungen Litauens zu Deutschland, die durch den Abschluß einer Reihe von Verträgen günstig geworden seien. Er unterstrich dabei besonders, daß Deutschland durch den Abschluß des Grenzvertrages endgültig auf das Memelgebiet verzichtet habe. Diese Tatsache werde dazu beitragen, daß sich die deutsch-litauischen Beziehungen noch weiter bessern würden. Da Deutschland immer größeren Einfluß in Europa gewinne, sei es von Wichtigkeit, daß die deutsch-litauischen Beziehungen durch die abgeschlossenen Verträge geklärt seien.

an zuständiger Stelle von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit absehen werde.

Straffere Zusammenfassung der deutschnationalen Parteiorganisation.

Auf der deutschnationalen Vorstandssitzung wurde auch über die Anregung Dr. v. Winterfelds mit allen gegen die Stimme des Reichstagsabgeordneten Hartwig folgender Antrag angenommen: „Der Parteivorstand ist einmütig der Auffassung, daß es das Recht und die Pflicht des Parteivorstandes und seines Vorsitzenden ist, die Richtlinien der Politik der Deutschnationalen Volkspartei entscheidend festzulegen. Dazu gehört insbesondere die Entscheidung über die Frage einer Beteiligung an der Regierung.“

Der Parteivorstand begrüßte ferner, daß die Reichstagsfraktion sich nachdrücklich für die beschleunigte parlamentarische Erledigung der vorliegenden Agrartrübe eingesetzt habe.

Direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen.

Die Madrider Tagung geschlossen.

Madrid. Nach zweitägiger Verhandlung ist in Madrid eine vorläufige Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen über den Antrag zustande gekommen, den die deutsche Regierung im Völkerbundrat wegen der Liquidation deutschen Eigentums in Polen gestellt hat. Diese Vereinbarung ist ein Kompromiß. Direkte Verhandlungen sollen zwischen Deutschland und Polen eingeleitet werden, und zwar unter dem Vorbehalt, daß der Ratpräsident, des japanischen Botschafters Adachi, oder eines von ihm beauftragten Vermittlers. Der Vorsitzende des Rats soll außerdem bei der Mitteilung über diese Vereinbarung darauf hingewiesen, daß die polnische Regierung sich bereit erklärt habe, für den Fall, daß der Besitzer von liquidiertem Eigentum sich als Pole herausstelle, die Beschlüsse wieder herauszugeben.

In der Vereinbarung ist nichts von einer vorläufigen Einstellung der Liquidation und nichts von bestimmten Verpflichtungen der polnischen Regierung zu finden. Dr. Stresemann hat sich mit diesem Kompromiß, das vom Völkerbundrat angenommen wurde, einverstanden erklärt und bei dieser Gelegenheit noch einmal in einer Rede auf folgendes hingewiesen:

Zaleski hat auf diese Ausführungen Dr. Stresemanns nur mit wenigen Sätzen geantwortet. Darauf wurden die Verhandlungen des Völkerbundrates mit der üblichen Dantes-anrede an Spanien geschlossen.

Young nach Amerika heimgekehrt.

Bedeutet teilweise Aufhebung des Transfersehns Erschütterung der Markwährung?

New York. Die amerikanischen Sachverständigen sind nunmehr nach Amerika heimgekehrt. Der amerikanische Präsident Hoover wird Young und die übrigen Sachverständigen in dieser Woche empfangen. Im übrigen gab Young der Presse eine nichtssagende Erklärung, wobei er die Mitarbeit der übrigen amerikanischen Sachverständigen lobte.

In diesem Zusammenhang ist interessant die erneute Feststellung in der Berliner Presse, daß 1929 in Paris für einen erheblichen Teil der deutschen Zahlungen auf einen Transfersehns verzichtet worden ist, obwohl heute der Transfersehns für Wirtschaft und Währung ebenso notwendig ist wie vor fünf Jahren.

Wir haben heute ein Defizit der Handelsbilanz und eine Ueberbesteuerung.

Man wird neugierig sein dürfen, wie der Reichsfinanzminister Dr. med. Hilferding im Reichstag zu dem Pariser Ergebnis Stellung nehmen wird, hat doch Dr. Hilferding im August 1924 im Reichstag bei Verteidigung des Dawes-Planes erklärt:

„Die Transferbestimmung bedeutet einmal, daß alle deutschen Zahlungen nur in deutscher Währung geleistet zu werden brauchen, daß zweitens die Uebertragung dieser deutschen Zahlungen ins Ausland nur erfolgen kann, wenn keine Erschütterung der deutschen Währung erfolgt. Ich brauche nicht zu sagen, daß diese Bestimmung an sich schon außerordentlich wichtig ist, wegen der Bedeutung der Erhaltung der Währung. Diese Bestimmung bedeutet eine auf ökonomischen, also auf unabänderlichen und juristischer Auslegung nicht fähigen Gesetzen beruhenden Schutz unserer gesamten Wirtschaft. Denn es ist eine unbefreibare Tatsache, daß ein Defizit der Handelsbilanz oder die Tatsache einer Ueberbesteuerung sofort ihre Rückwirkung auf den Stand unserer Währung haben müssen.“